

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

9. Dezember 2013

Afghanistan

Angriffe auf Sicherheitskräfte

Am 02.12.13 starben bei einem Selbstmordanschlag im Distrikt Nerkh in der Provinz Wardak vier Polizisten. 17 weitere Personen wurden verletzt.

Am 04.12.13 tötete eine Explosion im Distrikt Marjah in der Provinz Helmand vier Polizisten.

Am 05.12.13 kamen bei einem Angriff von Taliban auf einen Checkpoint im Distrikt Musa Qala ebenfalls in der Provinz Helmand fünf afghanische Sicherheitskräfte und zwei Taliban ums Leben.

Fünf Tote bei Drohnenangriff

Bei einem Angriff auf ein Treffen von Taliban im Distrikt Manogay in der Provinz Kunar wurden fünf Teilnehmer getötet, darunter der örtliche Führer der Taliban, Mawlawi Attaullah. Zivilisten kamen nicht zu Schaden.

Afghanistan/Iran

Kooperationsabkommen mit Iran

Präsident Karsai und Irans Präsident Rohani beschlossen am 08.12.13 während eines Besuchs Karsais in Teheran den Abschluss eines langfristigen Vertrages, der Vereinbarungen zur Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene sowie ein Sicherheitsabkommen enthält. Die formale Unterzeichnung soll in Kürze erfolgen.

Diverse Festnahmen

Der bekannte iranische Sänger Amir Tatalu und mehrere IT-Mitarbeiter wurden nach einem Bericht der reformorientierten Zeitung „Etemad“ vom 04.12.13 von der iranischen Sittenpolizei im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen verhaftet. Der Chef der Sittenpolizei bestätigte die Festnahme und forderte den sog. Untergrundmusiker auf, sich an die legalen Betätigungsmöglichkeiten zu halten. Auf der Facebook-Seite von Tatalu (über 570.000 Anhänger) forderten zahlreiche Fans dessen Freilassung.

Die Nachrichtenagentur Fars meldete zudem die Festnahme mehrerer Mitarbeiter der Website „Narenji“ in der südiranischen Stadt Kerman. Fars zitierte Sicherheitskreise, wonach die Festgenommenen Kontakt mit Ausländern gehabt und verschiedene Verbrechen begangen haben sollen.

Irak

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche kam es täglich zu Anschlägen mit Toten und Verletzten. Zuletzt starben bei einer schweren Anschlagserie am 08.12.13 mindestens 39 Menschen, mehr als 100 wurden verletzt. Allein in Bagdad sollen mindestens 22 Menschen ums Leben gekommen sein, darunter neun bei Angriffen auf Alkoholgeschäfte.

Bagdad ist fast täglich das Ziel von Angriffen. Häufig sind schiitische Stadtviertel betroffen.

Syrien

Hoher Befehlshaber der Hizbollah getötet

Am 08.12.13 wurde bei Kämpfen ein ranghoher Befehlshaber der libanesischen Hizbollah-Miliz, Ali Bassi, getötet. Die von Iran unterstützte Hizbollah-Miliz beteiligt sich am Bürgerkrieg auf Seiten der syrischen Regierung.

Unklarheiten über Schicksal von zwölf Nonnen

Syrische Rebellen und jihadistische Kämpfer sollen am 01./02.12.13 die seit Monaten umkämpfte christliche Stadt Maalula nördlich von Damaskus eingenommen haben. Zunächst hieß es in den Meldungen, die Kämpfer seien auch in das orthodoxe Kloster von Mar Thekla (Mar Takla) eingedrungen. Islamistische Rebellen (die al-Nusra-Front und die Gruppierung Ahrar al-Kalamun-Brigaden) hätten zwölf syrische und libanesische Nonnen entführt und wollten sie evtl. erst im Austausch gegen Gefangene freilassen. Regierungstreue syrische Medien warfen den Aufständischen vor, die Nonnen als „menschliches Schutzschild“ benutzt zu haben. Die Oberin des Sadnaja-Klosters in der Provinz Damaskus gab am Abend des 02.12.13 an, die zwölf Frauen seien ins nordöstlich gelegene Jabrud in Sicherheit gebracht worden. Papst Franziskus rief am 04.12.13 zum Gebet für die entführten Nonnen auf. Am 06.12.13 strahlte der Sender al-Jazeera ein Video mit schwarz gekleideter Frauen aus, in dem eine der Nonnen sagte, eine Gruppe habe sie beschützt und weggebracht.

EU-Kommissarin weist auf humanitäre Katastrophe hin

Anlässlich des 1000. Tages nach Beginn der Unruhen (Demonstrationen am 15.03.11) spricht die EU-Kommissarin Kristalina Georgieva am 08.12.13 von der schlimmsten humanitären Katastrophe seit Jahrzehnten. Mehr als 100.000 Menschen sollen umgekommen und mehrere Millionen auf der Flucht sein. Georgieva forderte eine politische Lösung des Konflikts bei der für den 22.01.14 geplanten Friedenskonferenz.

Libanon

Hizbollah-Kommandant in Beirut ermordet

In der Nacht zum 04.12.13 wurde ein einflussreicher Kommandant der libanesischen Hizbollah-Miliz, Hassan al-Lakis, in Beirut erschossen. Er galt als der wichtigste Waffeneinkäufer der Miliz und soll enge Beziehungen zu Kommandeuren der syrischen Armee und zu iranischen Generälen gehabt haben. Die Hizbollah macht Israel für den Anschlag verantwortlich, das jedoch eine Tatbeteiligung bestreitet.

Jemen

Viele Tote und Verletzte bei Anschlag

Terroristen haben am 05.12.13 bei einem Selbstmordanschlag auf das Verteidigungsministerium in Sanaa mindestens 52 Menschen getötet, darunter zwei deutsche Experten der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sowie einen ihrer einheimischen Mitarbeiter. Zudem wurden rund 100 Personen verletzt. Am 06.12.13 bekannte sich eine radikale Islamisten-Gruppe mit Verbindungen zur al-Qaida zum Anschlag. In der Vergangenheit hatten al-Qaida-Angehörige mehrfach vergeblich versucht, Verteidigungsminister Muhammad Nasser Ahmed zu töten. Jemens Regierung bekämpft gemeinsam mit den USA die Gruppe al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP).

Bei zwei weiteren Vorfällen kamen am 08.12.13 zwei Sicherheitskräfte ums Leben, als ein Scharfschütze das Auto von Jassin Said Noman in der Hauptstadt Sanaa unter Beschuss nahm. Noman, der den Anschlag überlebte, ist prominenter Präsidentenberater und Generalsekretär der Sozialistischen Partei.

Libyen

Scharia als Gesetzesgrundlage

Die libysche Nationalversammlung stimmte am 04.12.13 dafür, dass die Scharia die Grundlage der gesamten Gesetzgebung werden soll. Ein Sonderausschuss soll nun die Schariakonformität der existierenden Gesetze überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorschlagen. Die Entscheidung dürfte vor allem Auswirkungen auf das Finanz- und Strafrecht haben. Das Land hat zwei Jahre nach dem Sturz des langjährigen Machthabers Muammar Gaddafi noch keine Verfassung.

Marokko

Urteil im Kussfoto-Prozess

Am 06.12.13 endete der Prozess gegen drei Teenager im Alter von 14 und 15 Jahren gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft mit einer Verwarnung. Der Junge und das Mädchen hatten sich geküsst und der Dritte veröffentlichte ein Foto davon auf Facebook. Daraufhin waren sie wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses festgenommen und angeklagt worden. Ihnen drohte bis zu zwei Jahren Haft. Das Verfahren hatte im In- und Ausland Proteste ausgelöst.

Türkei

Rückführung von Flüchtlingen

Am 05.12.13 sagte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu in Brüssel den Abschluss eines Rücknahmeabkommens für Flüchtlinge zu, die über türkisches Territorium illegal in die EU einreisen. Nach längeren Verhandlungen soll das Abkommen am 16.12.13 in Ankara unterzeichnet werden.

Im Gegenzug erklärte sich die EU bereit, zeitgleich mit Gesprächen über den schrittweisen Abbau der Reisebeschränkungen für türkische Staatsbürger zu beginnen. Die vollständige Abschaffung der Visapflicht wird sich voraussichtlich noch mehrere Jahre hinziehen.

Ägypten

Verfassungsentwurf übergeben

Am 03.12.13 übergab die Verfassungskommission dem Übergangspräsidenten Adli Mansur den Entwurf einer neuen Verfassung. Innerhalb eines Monats muss ein Referendum über die neue Verfassung stattfinden. Der Termin steht noch nicht fest. Nach der Volksabstimmung sollen innerhalb von 90 Tagen entweder der Staatspräsident oder das Parlament neu gewählt werden. Der Entwurf enthält u.a. Regelungen, die dem Parlament die Möglichkeit geben, den Präsidenten abzuwählen. Für eine Änderung der Verfassung soll eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments erforderlich sein. Außerdem sollen künftige Präsidenten jährlich ihr Vermögen offenlegen.

Die salafistische Partei an-Nur forderte ihre Anhänger auf, für den Verfassungsentwurf zu stimmen.

Demonstrationen aufgelöst

Die Polizei löste am 06.12.13 in Alexandria zwei Demonstrationen der Muslimbruderschaft auf, nachdem es zu Schlägereien zwischen Muslimbrüdern und Anwohnern gekommen war. Die Demonstrationen richteten sich u.a. gegen die Verurteilungen von 21 Muslimschwestern zu hohen Haftstrafen im November.

Freilassung von Demonstrationsteilnehmern

Am 07.12.13 ordnete ein Berufungsgericht in Alexandria die Freilassung von 21 Muslimschwestern auf Bewährung an. Die 21 Frauen, unter ihnen sieben Minderjährige, waren im November in erster Instanz u. a. wegen ihnen zugeschriebener Gewalttätigkeiten bei einer Demonstration in Alexandria Ende Oktober verurteilt worden. Die Erwachsenen hatten Freiheitsstrafen von je elf Jahren, die Minderjährigen Jugendhaft bis zum jeweiligen Volljährigkeitsalter erhalten. Die Strafen für die erwachsenen Frauen wurden nun in Verurteilungen zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung umgewandelt, die Minderjährigen erhielten Bewährungsstrafen von drei Monaten.

In Kairo ordnete ein Gericht am 07.12.13 die Freilassung von 155 Personen an, die bei Zusammenstößen mit der Polizei festgenommen worden waren.

Verfahren gegen führende Muslimbrüder

Am 09.12.13 beginnt in Kairo ein Strafprozess gegen Mohammed Badie, den Führer der Muslimbruderschaft, und zwei weitere Angeklagte wegen Anstiftung zum Mord. Die Anklage bezieht sich auf den Tod von 14 Demonstranten bei gewalttätigen Demonstrationen in Gizeh im Juli 2012.

In einem weiteren Verfahren müssen sich Badie und 14 Mitangeklagte wegen des Todes von fünf Demonstranten im Juli 2013 in Kairo verantworten.

Ein Strafprozess gegen Badie, bei dem es ebenfalls um den Tod von Demonstranten geht, wurde im Oktober 2013 ausgesetzt, nachdem sich die Richter für befangen erklärt hatten. Ein Termin für die Fortsetzung dieses Verfahrens steht noch nicht fest.

Somalia

Premierminister abgesetzt

Das Parlament sprach dem seit einem Jahr amtierenden Ministerpräsidenten Abdi Farah Shirdon am 02.12.13 das Misstrauen aus. Von 249 Abgeordneten stimmten 184 gegen Shirdon. Die Regierung bleibt bis zur Regelung der Nachfolge kommissarisch im Amt.

Al-Shabaab tötet traditionellen Führer

Nahe der Stadt Elbur in der Region Galgudud wurde die Leiche eines bekannten traditionellen Führers gefunden, der vor einer Woche von al-Shabaab-Kämpfern als Geisel genommen worden war. Er und andere Älteste sollen von al-Shabaab angewiesen worden sein, von ihren Clanangehörigen Gelder für die Islamisten zu sammeln. Der Getötete soll dies verweigert haben. Andere Clanälteste sollen aus der Region geflohen sein.

Parlamentsmitglied getötet

Bei der Explosion einer Autobombe kam am 06.12.13 in Mogadischu ein somalischer Parlamentsabgeordneter ums Leben.

Mehrere Tote bei Anschlag in Bosasso

Bei einem Autobombenanschlag auf einen bewaffneten Konvoi, der zwei ausländische Mitarbeiter der Sicherheitsfirma Saracen eskortierte, kamen am 05.12.13 in Bosasso (Puntland) mindestens sieben Personen ums Leben, 37 wurden verletzt. Die Ausländer blieben unverletzt. Die Regierung Puntlands machte al-Shabaab für den Anschlag verantwortlich.

Zentralafrikanische Republik

Französischer Militäreinsatz

Nach Angaben des französischen Verteidigungsministers begann der französische Militäreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik am 06.12.13. Dem Land droht eine religiöse und ethnische Spaltung, nachdem muslimische Rebellen im März 2013 Präsident François Bozize stürzten. Frankreich will seine Kräfte in den kommenden Tagen auf über 1.000 Mann verstärken.

Kämpfe zwischen muslimischen Rebellen und christlichen Milizen

Bei Kämpfen zwischen muslimischen Rebellen und christlichen Milizen sind nach Angaben des örtlichen Roten Kreuzes in den vergangenen Tagen bis zu 400 Menschen ums Leben gekommen. Die Lage sei nach wie vor unübersichtlich und gefährlich.

Nigeria

Boko Haram: Großangriff auf Luftwaffenstützpunkt

Am 02.12.13 gegen drei Uhr nachts griffen mehrere hundert Angehörige der islamistischen Organisation Boko Haram über mehrere Stunden verschiedene Ziele in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) an. Ein Ziel war der Stützpunkt der „72 Composite Group“ der nigerianischen Luftwaffe beim zivilen Flughafen. Der Angriff konnte laut Militärangaben zwar zurückgeschlagen werden, jedoch gelang es Boko Haram zwei Hubschrauber sowie drei Flugzeuge zu zerstören. Ferner überrannten die Angreifer das Kasernengelände des 33. Artillerieregiments der Armee, wo eine Vielzahl von Gebäuden und Fahrzeugen zerstört wurden. Im Westen von Maiduguri wurden zudem die Polizeistation im Stadtteil Bulumkutu sowie fünf Tankstellen und etwa 20 Tankfahrzeuge zerstört. Laut Militärangaben sollen bei den Kampfhandlungen 24 Angreifer und zwei Soldaten getötet worden sein. Nach Presseberichten kamen auch mehrere Zivilisten ums Leben. Die Regierung von Borno verhängte eine 24-stündige Ausgangssperre über Maiduguri, die ab dem 03.12.13 auf die Zeit zwischen 19 Uhr und 6 Uhr verkürzt wurde. Zudem wurde das Funknetz wieder in Betrieb genommen, das im Mai 2013 im Rahmen einer Militäroffensive gegen Boko Haram abgeschaltet worden war. Damit soll der Bevölkerung bei Angriffen der Boko Haram die Kommunikation mit den Sicherheitsbehörden ermöglicht werden.

Vor dem Angriff am 02.12.13 hatte die Luftwaffe am 28.11.13 Rückzugsgebiete der Islamisten in den Gwoza-Bergen nahe der Grenze zu Kamerun bombardiert und hierbei angeblich mehr als 50 Aufständische getötet.

Kosovo

Frankreich zieht Soldaten ab

Rund 300 französische KFOR-Soldaten, die überwiegend im Norden Kosovos stationiert sind, sollen abgezogen werden. Der Grund sind personalintensive Militäreinsätze in Mali, Côte d'Ivoire und der Zentralafrikanischen Republik.

Zurzeit umfasst die KFOR (Kosovo Force) ca. 5.000 Soldaten aus 31 Ländern, darunter 700 aus Deutschland. Die Präsenz der Truppe wird nach wie vor als notwendig erachtet, da die Lage im Norden immer noch instabil ist. Die NATO will ihre Einheit – anders als noch im vergangenen Jahr geplant – in absehbarer Zukunft nicht verkleinern.

Westbalkan

EU-Innenminister bestätigen Visa-Aussetzungsklausel

Beim EU-Innenminister-Treffen in Brüssel am 05.12.13 bestätigten die Minister eine Entscheidung vom August 2013 (vgl. BN v. 30.09.13), wonach die EU-Staaten künftig die Visafreiheit für ein Land aufheben dürfen, wenn es einen „substanziellen und plötzlichen Anstieg“ bei der Zahl illegaler Einwanderer oder von unbegründeten Asylanträgen gibt. Diese Maßnahme ist aber nur als letzter Ausweg und für sechs Monate erlaubt. Das EU-Land muss dies beantragen; eine Mehrheit der EU-Staaten muss zustimmen. Bisher gibt es keine konkreten Anzeichen, dass ein Staat diese Schutzklausel anrufen wird.

Russische Föderation

Proteste bei den Olympischen Spielen sollen zugelassen werden

Bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi im Februar 2014 (Eröffnung 07.02.14) sollen politische Demonstrationen nun doch erlaubt werden. Dies sei nötig, um der Olympischen Charta gerecht zu werden, so offizielle Stellen. Damit reagierte Russland anscheinend auf Appelle, auch während der Olympischen Spiele das Recht auf freie Meinungsäußerung zu garantieren. Vorgesehen ist, dass Kundgebungen bei der Stadt Sotschi anzumelden sind.

Ukraine

Massenproteste in Kiew dauern an

Der Protest hunderttausender Ukrainer gegen ihre Regierung spitzt sich zu. Demonstranten haben am 09.12.13 den Weg zu mehreren Regierungsgebäuden in der Hauptstadt Kiew versperrt. Sie blockierten Straßen und Gehwege in der Nähe der Ministerien mit Holzstämmen, großen Zelten und Privatautos. Nach Ansicht von Oppositionsführer Vitali Klitschko soll damit der Druck auf Präsident Viktor Janukowitsch weiter erhöht werden. Klitschko besuchte am Wochenende mit seinem Bruder Wladimir die Oppositionsanhänger auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz. Dort harren zahlreiche Menschen seit Tagen trotz eisiger Kälte in Zelten aus. Zudem droht Gegnern von Präsident Janukowitsch Strafverfolgung. Die Sicherheitsbehörden haben Ermittlungen wegen Umsturzversuches – Strafandrohung fünf bis zehn Jahre Haft – eingeleitet. Auslöser hierfür könnte ein Appell des früheren Außenministers Arsenij Jazenjuk sein, der zur Blockade des Regierungsviertels aufgerufen hatte. Ob bereits gegen bestimmte Personen ermittelt wird, teilten die Sicherheitsbehörden nicht mit.

Auch am 08.12.13 hatten Hunderttausende gegen die Regierung von Präsident Janukowitsch demonstriert und ihren Rücktritt gefordert. Auf Plakaten und in Sprechchören forderten die Anhänger der proeuropäischen Opposition sofortige Neuwahlen in der früheren Sowjetrepublik. Der Protest stand unter dem Motto „Marsch der Millionen“. Regierungsgegner zerschlugen dabei in Kiew eine dreieinhalb Meter hohe Statue des russischen Revolutionsführers Lenin. Dieser gilt ihnen als Symbol für den russischen Einfluss auf die Ukraine.

Nepal

Keine klaren Verhältnisse nach Parlamentswahl

Nach dem von der Wahlkommission in Kathmandu veröffentlichten Endergebnis erhielt die sozialdemokratische Kongresspartei bei der Parlamentswahl vor zwei Wochen 196 der 601 Sitze. Auf die Kommunistische Partei Nepals (UML) entfielen 175 Sitze und auf die Maoisten 80. Insgesamt haben 31 Parteien Sitze im Parlament. Damit ist das neu gewählte Parlament ähnlich zersplittert wie das alte. Ein Ausweg aus der politischen Krise ist somit weiterhin offen. Hauptaufgabe des Parlaments wird es sein, eine Verfassung auszuarbeiten. Ob die Parteien aufeinander zugehen und sich auf einen Text einigen, ist ungewiss. Eine 2008 gewählte Versammlung, in der Kongress, UML und Maoisten ebenfalls die größten Fraktionen stellten, war nach vier Jahren Parteienstreits über die Machtbefugnisse von Premierminister und Präsident sowie die regionale Aufteilung des Landes gescheitert.

Bangladesch

Parteien boykottieren Parlamentswahl

Mehrere Regierungs- und Oppositionsparteien boykottieren die für den 05.01.14 angesetzten Parlamentswahlen. Am 02.12.13 hatten zahlreiche Oppositionsparteien das Ende der Frist zur Aufstellung ihrer Kandidaten verstreichen lassen. Die Jatiyo-Partei, Juniorpartner in der bisherigen Koalition und wichtiger Verbündeter der regierenden Awami League, teilte am 03.12.13 mit, dass sich die Partei dem Boykott anschließen werde. Die Opposition in Bangladesch fordert vor der Wahl am 05.01.14 den Einsatz einer unabhängigen Übergangsregierung, um Wahlfälschungen zu verhindern (vgl. BN v. 02.12.13). Premierministerin Sheikh Hasina stellte daraufhin eine Verschiebung der Wahl in Aussicht.

Zahlreiche Tote bei Protesten

Bei den landesweiten Protesten gegen die Regierung von Sheikh Hasina sollen bereits fast 60 Menschen getötet und tausende verletzt worden sein. Am 03.12.13 kamen bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei sieben Menschen ums Leben.

Bei einem Zugunglück am 04.12.13 gab es mindestens vier Tote und über 50 Verletzte, weil Demonstranten aus Protest gegen die Regierung in der Nähe des Bahnhofs Bonarpara Gleise entfernt hatten.

Nordkorea

Ausbau von Straflagern

Nach einem Bericht von Amnesty International baut Nordkorea seine geheimen Straflager aus, in denen Zwangsarbeit, Folter und willkürliche Tötungen Alltag sind. Schätzungen zufolge sind dort zwischen 100.000 und 200.000 Menschen interniert.

Veteran freigelassen

Der 85-jährige US-Bürger Merrill Newman, Veteran des Koreakriegs (1950 bis 1953), ist nach Angaben der amtlichen nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA aus „humanitären Gründen“ freigelassen und ausgewiesen worden. Er war seit Wochen in Gewahrsam wegen des Vorwurfs „feindlicher Handlungen“ als Tourist und während des Koreakriegs.

Jang Song-thaek entmachtet

Nach Regierungsangaben in Pjöngjang entfernte Präsident Kim Jong-Un den bislang zweitwichtigsten Mann, seinen Onkel Jang Song-thaek, Vizechef der Nationalen Verteidigungskommission und Mitglied im Politbüro, aus seinen Ämtern. Jang habe die Ziele der Kommunistischen Partei verfälscht und geschwächt. Zwei Vertraute Jangs sollen exekutiert worden sein.